

## Wenn die Sache nicht mehr bewegt

Einstein soll gesagt haben: Insofern sich die Sätze der Mathematik auf die Wirklichkeit beziehen, sind sie nicht sicher; und insofern sie sicher sind, beziehen sie sich nicht auf die Wirklichkeit.

Der Satz begleitet mich, seit ich ihn wiedergefunden habe. Vielleicht nicht, weil er eine Schwäche der Mathematik beschreibt, sondern weil er ihre Würde schützt. Mathematik kann sehr sicher sein, wenn sie in ihrem eigenen Raum bleibt. Sie kann beweisen, ordnen, zeigen, was aus Voraussetzungen folgt. Aber sobald sie Wirklichkeit berührt, sobald sie mit Menschen, Biografien, Entscheidungen, Risiken, Zumutungen und Hoffnungen zu tun bekommt, wird sie Modell. Dann ist sie nicht falsch. Aber sie ist nicht mehr sicher im strengen Sinn. Sie arbeitet mit Annahmen. Und Annahmen sind schon der Beginn von Politik.

Das hätte ich früher auch meinen Schülerinnen und Schülern sagen können, wenn sie meinten, Religion werde sich doch ohnehin erledigen. Sigmund Freud hatte das in seiner Weise erwartet: Je weiter die Wissenschaft fortschreite, desto weniger Raum bleibe für Religion. Im Schülersprech klang das manchmal so: Es sei doch fast alles erforscht. Was man wissen müsse, stehe bei Google. Für „Glauben“ bleibe da nicht mehr viel Platz.

Als Mathematiker konnte ich nur widersprechen. Bei jeder guten Antwort stellen sich drei neue Fragen. Wer wirklich etwas weiß, weiß nicht weniger vom Nichtwissen, sondern mehr. Der sokratische Satz „Ich weiß, dass ich nichts weiß“ ist keine Kapitulation vor der Wissenschaft. Er ist vielleicht eine ihrer innersten Erfahrungen. Forschung macht die Welt nicht kleiner. Sie macht das Geheimnis genauer.

Das ist eine wichtige Unterscheidung. Wissenschaft ist nicht das Problem. Wissenschaftliche Überheblichkeit ist das Problem. Und manchmal beginnt diese Überheblichkeit nicht bei den Wissenschaftlern selbst, sondern bei der politischen oder gesellschaftlichen Verwendung ihrer Ergebnisse. Aus einer Expertise wird dann ein Schutzschild. Aus einer Annahme wird eine Gewissheit. Aus einem Modell wird ein Paket. Und am Ende klingt es, als sei die politische Entscheidung nur noch der Vollzug dessen, was die Fachleute ohnehin schon erkannt haben.

Dabei war der Weg dorthin nicht von Anfang an falsch. Nach dem langen Zeitalter des Landesvaters, des Patriarchen, des Mannes, der die Geschichte im Körper zu tragen schien, war der Schritt zur nüchternen, wissenschaftlich geschulten Politikerin keineswegs absurd. Der Weg von Kohl zu Merkel erschien vielen wie eine notwendige Korrektur. Weniger Pathos. Weniger Machtwort. Mehr Analyse. Mehr Abwägung. Mehr Vorsicht. Mehr Respekt vor Komplexität.

Aber auch eine richtige Bewegung schützt nicht vor ihrer eigenen Fehlinterpretation. Nüchternheit kann unnahbar werden. Komplexitätsbewusstsein kann den Eindruck erzeugen, politische Fragen seien für normale Bürger kaum noch verständlich. Abwägung kann klingen wie Vorentscheidung. Und dann entsteht die gefährliche Ahnung: Da oben wissen sie etwas, was wir nicht wissen. Und weil sie es wissen, müssen wir zustimmen.

Diese Entwicklung hat eine Vorgeschichte, die mich seit dreißig Jahren begleitet. In den Neunzigern lechzte die Gesellschaft nach Zukunft. Nach der Wiedervereinigung, nach dem Ende alter Blöcke, nach dem Aufbruch in eine neue Zeit, nach Visionen. Johannes Rau verstand dieses Verlangen. Er war noch ein Politiker, der erzählen konnte. Aber er erzählte nicht allein. Er holte Experten dazu. Kommissionen entstanden. Zukunftsrunden. Denkschriften. „Zukunft der Bildung – Schule der

Zukunft“ war nicht nur ein Papier. Es war ein Versprechen: Wir denken gemeinsam darüber nach, wie Schule, Gesellschaft und Leben morgen aussehen könnten.

Namen fallen mir ein. Horst Opaschowski, der Freizeitforscher, später Zukunftsforscher. Christian Pfeiffer, der Kriminologe, der über Jugend, Gewalt, Medien und Prävention sprach. Solche Experten waren nicht einfach Rechenknechte der Politik. Sie waren öffentliche Deuter. Sie halfen, Gegenwart zu lesen und Zukunft vorstellbar zu machen. Die Expertenrunde war damals noch ein Resonanzkörper gesellschaftlicher Hoffnung. Sie sollte nicht nur Entscheidungen absichern, sondern Bilder ermöglichen.

Vielleicht liegt genau hier der Wandel. Früher sollten Experten helfen, Zukunft vorstellbar zu machen. Heute sollen sie häufig Entscheidungen unangreifbar machen.

Das mag ungerecht klingen. Natürlich brauchen moderne Gesellschaften Expertise. Kein Rentensystem, keine Klimapolitik, keine Gesundheitspolitik, keine Bildungspolitik lässt sich aus dem Bauch heraus verantworten. Wer gegen Experten polemisiert, landet schnell bei den Marktschreibern, die das Komplizierte verachten, weil sie aus Vereinfachung Macht gewinnen wollen. Aber die Anfrage bleibt: Wann hört Expertise auf, politische Entscheidung vorzubereiten, und wann beginnt sie, diese zu ersetzen?

Beim aktuellen Rentenpaket spürt man diese Spannung. Da arbeiten Kommissionen, berechnen Fachleute, wägen Ministerien ab. Das fühlt sich zunächst nicht falsch an. Im Gegenteil. Es wäre verantwortungslos, ein solches Thema ohne Experten zu behandeln. Aber wenn am Ende ein Paket als so austariert erscheint, dass es nicht mehr aufgeschnürt werden darf, dann verschiebt sich etwas. Dann wird aus politischer Beratung politische Autorität. Dann steht nicht mehr nur eine Entscheidung zur Debatte, sondern eine Art fachlich beglaubigtes Gesamtkunstwerk.

Demokratie aber lebt nicht davon, dass Bürger am Ende ein fertiges Kunstwerk bewundern. Sie lebt davon, dass Menschen verstehen können, welche Annahmen gemacht wurden, welche Risiken eingegangen werden, welche Zumutungen verteilt werden und welche Gruppen dabei unter den Durchschnitt fallen könnten. Genau dort beginnt das Politische: nicht vor der Wissenschaft, nicht gegen die Wissenschaft, sondern an der Stelle, an der ihre Modelle Wirklichkeit berühren.

Und weil diese Stelle heute oft unsichtbar wird, entsteht auf der anderen Seite ein zweiter Berufszweig: die Emotionsspezialisten. Sie erklären nicht. Sie heizen an. Sie übersetzen keine Sache in Betroffenheit, sondern liefern Betroffenheit ohne Sache. Sie geben Menschen ein Gefühl, mit dem sie sich zu etwas verhalten können, das sie nicht mehr mitentschieden zu haben glauben. Empörung ersetzt Anteilnahme. Ansporn ersetzt Einsicht. Polemik ersetzt Verstehen.

Auch das ist kein reines Problem der Politik. Die ganze Gesellschaft scheint solche Anschieber zu brauchen. Werbung lebt längst davon. Jeder Kaffee muss einzigartig sein, jeder Staubsauger revolutionär, jede Versicherung menschlich, jedes Produkt nachhaltig, jede Dienstleistung außergewöhnlich. Die Superlative werden verbraucht wie Verpackungsmaterial. Überall suchen wir den Superstar. Man muss lauter werden, weil das Laute von gestern heute schon nicht mehr gehört wird.

So fallen Sache und Emotion auseinander. Auf der einen Seite stehen Modelle, Tabellen, Gutachten, Zielwerte, Expertisen. Auf der anderen Seite stehen Kampagnen, Slogans, Empörungswellen und Motivationsreden. Die einen haben die Sache ohne Bewegung. Die anderen haben Bewegung ohne Sache.

War das einmal anders? Vielleicht nicht so schlicht, wie die Erinnerung es gern hätte. Auch früher gab es Propaganda, Pathos, Selbsttäuschung und falsche Gewissheiten. Aber politische Rede hatte zumindest noch stärker den Anspruch, eine Sache so zur Sprache zu bringen, dass Menschen sie verstehen und sich von ihr bewegen lassen konnten. Nicht nur informiert werden. Nicht nur aktiviert werden. Beides zugleich: verstehen und bewegt werden.

Das wäre vielleicht die verlorene Mitte. Eine demokratische Gesellschaft braucht Wissenschaft, die ihre Voraussetzungen offenlegt. Sie braucht Politik, die Entscheidungen nicht hinter Expertisen versteckt. Und sie braucht Emotionen, die aus der Sache selbst entstehen, nicht aus der professionellen Erregungsproduktion.

Vielleicht beginnt eine neue politische Kultur genau dort: bei der ehrlichen Übersetzung zwischen Wissen und Verantwortung. Wir müssten wieder sagen lernen: Hier sind die Daten. Hier sind die Annahmen. Hier ist die Unsicherheit. Hier ist die Zumutung. Hier ist der Mensch, der nicht im Durchschnitt aufgeht. Und hier ist der Grund, warum wir trotzdem handeln müssen.

Mathematik kann sicher sein. Politik kann es nicht. Aber Politik kann redlich sein. Sie kann die Unsicherheit nicht abschaffen, aber sichtbar machen. Sie kann Expertise achten, ohne sich hinter ihr zu verstecken. Sie kann Gefühle wecken, ohne Menschen zu manipulieren. Sie kann die Sache so ernst nehmen, dass sie wieder bewegt.

Vielleicht ist genau das der Unterschied zwischen Verwaltung und Verantwortung. Verwaltung ordnet, rechnet, bündelt, paketierte. Verantwortung tritt vor Menschen hin und sagt: So sehen wir die Wirklichkeit. So unsicher ist unser Wissen. So schwer ist unsere Entscheidung. Aber wir treffen sie nicht über euch hinweg. Wir stellen sie in den gemeinsamen Raum.

Dort könnte Demokratie wieder beginnen.